

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

15 (18.1.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85354](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85354)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Besteuer Zeitung, Danner Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 M.; zweimonatlich 2.00 M.; durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; einmonatlich 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Kleinzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).
(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 15. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | **Besta, Freitag, 18. Januar 1918.** | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Baelmann, Ägternstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgesuche. Nördlich von Paschendale, an der Scarpe, bei Bredhulle und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Westlicher Kriegsschauplatz
Nichts Neues.
Mazedonische Front.
Im Cerna-Bogen dauerte die erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert. Bei ihren erfolgreichen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Kampf gegen Italien.

Der österreichische Tagesbericht.
WTB. Wien, 17. Jan. Amtlich wird verlautbart:
Zwischen der Brenta und dem Monte Perica beschränkte der Gegner seine Geschützaktivität nach den erfolgreichen verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann gefangen eingeschickt.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein Naphtha-Dampfer in die Luft geflogen.
TU. Amsterdam, 17. Jan. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus Wilkingen ist der mit Benzol und Naphtha beladene Dampfer „Orskam“ im englischen Kanal auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen. Die Besatzung wurde von einem britischen Marinefahrzeug gerettet.

Die englischen Kriegsschiffverluste in 1917.

TU. Berlin, 17. Jan. Der Notientkorrespondent der Bonboner Daily News bezieht der Deutschen Tageszeitung zufolge den Verlust der englischen Kriegsschiffe im Jahre 1917 auf 35 Einheiten. Im letzten Vierteljahr waren die Verluste besonders groß als im ersten. Die starke Steigerung wird auf die Vertiefung der Seeleuchte zurückgeführt, da die Kriegsschiffe die Handelschiffe begleiten und sich dadurch größerer Gefahr aussetzen.

Neue U-Boot-Beute.

WTB. Berlin, 17. Jan. Amtlich. Sturter, mit allen Mitteln ausgeführter Gegenwehr zum Trotz fielen auf den nördlichen Kriegsschauplatz unsere U-Boote wiederum
21 000 Br.-K.-T.
Handelschiffsräum zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von rund 4000 Tonnen in geschickter durchgeführtem Angriff aus besonders starker Fischdampfer-Sicherung herausgehoben. Die Wegrauf der Schiffe war schwer beladen.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Frankreich.

Beschwerde Caillaux gegen den Hofbefehl.
TU. Genf, 17. Jan. Dem Matin zufolge, hat Caillaux gegen den Hofbefehl das Untersuchungsrichters Beschwerde eingelegt. Clemenceau läßt in der Presse erklären: Die Depêche Parisings, die die Verhaftung Caillaux veranlaßte, wird veröffentlicht werden.

Weitere Verhaftungen.
WTB. Genf, 17. Jan. Der Deputierte Loustalot ist, wie die Agence Haas meldet, heute verhaftet worden.

Auch Frau Caillaux und Sarraï?
Genf, 17. Jan. In Paris spricht man jetzt auch von der bevorstehenden Verhaftung der Frau

Caillaux. Das Haus Caillaux wird ständig besetzt. Frau Caillaux sagte, sie erwarte jeden Augenblick ihre Verhaftung, denn man sie entschlossen, ihren Mann zu ermorden und wollte sie verhindern, für seine Verteidigung tätig zu sein.
Genf, 17. Jan. Wie die Epprecht-Korr. erfährt, verläuft in den Wandelgängen der Kammer, daß auch die Verhaftung Carrails wegen seiner Beziehungen zu Caillaux bevorstehe.

Zur Lage in Russland.

Rußlands Warenunger.
TU. Wien, 18. Jan. Eine Meldung aus Irad befaßt, daß der Kommandeur der 7. Armee die Trüder verhängte, daß ein Tauschhandel an der russischen Front möglich ist. Eine größere Menge Leinwand, Uhren, Federmesser, Rasiermesser, Taschenspiegel, Zigarrenpfeifen, Briefkästen, Briefumschläge, Spielfarben, Ansichtskarten, elektrische Taschenlampen und Haarfrisierwerkzeuge werden angefordert. Gegen diese Gegenstände würden die Russen Lebensmittel in großer Menge austauschen.

Die Heeresentlassung. — Das Bandenwesen.

Petersburg, 17. Jan. Delegierte sämtlicher Armeeschiffe haben dem Rat der Volksbeauftragten einen entschiedenen Protest gegen die beschleunigte Verzögerung der von den Armeereäten bestimmten Heeresentlassung übermittelt und die Regierung darin aufgefordert, die Entlassungen unverzüglich durchzuführen. — Das Bandenwesen hinter der Front wächst sich zu einer ernstlichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und das Wirtschaftsleben aus. Es ist nicht übertrieben, wenn man die Zahl der hinter der Front mordenden und plündernden Wardobure auf rund 200 000 Mann beziffert.

Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges.

Von der russischen Grenze, 17. Jan. In Anbetracht, daß ein gewisser Teil der russischen Presse in fruchtloser und lärmender Weise für die Fortsetzung des Krieges eintritt, um die Mittelmächte in der Frage der besetzten Gebiete zu einer Nachgiebigkeit zu zwingen, hält es die Zwölfität für notwendig, zu bremsen. Sie hört in ihrem Bericht über die Erklärungen Trotski in Brest-Litovsk hauptsächlich den Passus hervor, der sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten beschäftigt. Trotski erklärte nach dieser Meldung, daß Rußland vollständig aufzugeben wäre, den Krieg militärisch weiter zu führen. Die Wiederbelebung des Schopenhauerentzweiges ist jetzt nicht nur technisch, sondern auch psychologisch unmöglich geworden.

Lenin will sich von der Entente nicht kontrollieren lassen.

Von der Schweizer Grenze, 17. Jan. Ein Petersburger Telegramm des Corr. della Sera behauptet, die dortige italienische Botschaft sei von einer bewaffneten Bande angegriffen und geplündert. Das Botschaftspersonal habe 16 Mann entwaffnet und zwei verhaftet; das Material sei wie das gegen den rumänischen Gefandten ein Zeichen der Zuspaltung der Lage. Das gesamte Personal sei in der Botschaft der Vereinigten Staaten versammelt, um über das Vorgehen Lenins, der ihre Kontrolle seiner Tätigkeit ausüben wolle, zu beraten und zu protestieren. Die Verlegung des Sitzes des gesamten diplomatischen Korps nach einem ruhigeren Orte sei nicht unwahrscheinlich.

Republik Turkestan.

WTB. Stockholm, 16. Jan. Das ukrainische Informationsbureau in Stockholm teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen Turkestans, in Liebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans, mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den „Grundgesetzen der großen russischen Revolution“ vom 23. Dezember 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einweilen wurde ein Nationalrat gewählt, in dem ein Drittel der Sige der nicht-muslimatischen Bevölkerung Turkestans zuerkannt wurde. Der Beginn der Sitzungen des Nationalrats wurde auf den 5. Januar (alten Stils) festgelegt. Der Kongreß hat auch eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die konstituierende Versammlung, die demnach einberufen werden soll, soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

Kerenki aufgespürt?

WTB. Stockholm, 16. Jan. Laut Kjeisch soll es den Bolschewiken gelungen sein, Kerenki in der Bräcsmoehnung eines sozialistischen Revolutionärs aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Klimatum an Rumänien.

WTB. Petersburg, 17. Jan. Die Petersburger Tel.-Ag., das amtliche Organ der russischen Regierung, gibt bekannt: Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und keine Lebensmitteltransporte durchließen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschluß des 195. Regiments und österreichisch-ungarische Offiziere, die zum Besuch der Russen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommisare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Befreiung der militärischen Behörden, die die Verhaftung vorgenommen haben und Sicherheit dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet, und wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.
93. Genl. Oberbefehlshaber K. R. P. L. K. Kriegsbefehlshaber Rodwojst.

Stalien.

Italienische Beforgnisse vor neuen Offensiven der Mittelmächte.
Aus der Schweiz, 16. Jan. Die italienischen Blätter verlangen die Schaffung einer für die italienische und für die Westfront schnell und leicht verchiebbaren Reservearmee zur Einleitung bei den erwarteten Offensiven an der starkbedrohten Frontstelle. General Gorli meint in der Tribuna, die Offensiven der Mittelmächte könnten an der italienischen Front noch eine Ausdehnung erfahren. Durch den militärischen Ausfall Rußlands erhalte der Gegner genügend Kräfte für zwei gleichzeitige Offensiven. — Das Militärabst. meldet: Die Generalmajore Wila und Mansfredi wurden in den Stabsdienst versetzt.

Aus den Kolonien.

Unsere Truppen in Portugiesisch-Ostafrika.
WTB. Bern, 17. Jan. Lyoner Blätter melden aus Lifjalon: Eine offiziöse Note über die Lage in Portugiesisch-Ostafrika gibt bekannt, daß acht deutsche Kompagnien das Gebiet von Matocida besetzen und sehr starke Stellungen mit Maschinengewehren anlegen. Man erwartet von ihnen einen Kampf mit den Milizierten in den nächsten Tagen. Die portugiesischen Truppen, die bei Dufoso eine Schlange erlitten, befinden sich mit englisch-portugiesischen Abteilungen in Umango. Der Posten von Curia wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Tode von den Portugiesen ergriffen und deutsche Truppen errückten in Mautrop ein Lager und schlugen eine Brücke über den Urio. Der Gouverneur von Quelimano meldet, daß die Deutschen verschiedene Punkte dieser Provinz besetzten.

Die Friedensverhandlungen.

Die Verhandlungen mit den Russen.

Die am 16. Januar abgehaltene Nachmittagsitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraums zu Ende geführt und die Besprechung fortzusetzen müssen, daß auf der Grundlage, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgendeiner Weise einzugehen. Wir wollten übergehen zum zweiten zur Diskussion stehenden Punkte, der sich bezieht auf die allgemeinen

politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die

Freiheit der Abstimmung bezw. der Wahl zu der ausstufgebenden Verammlung durch die Gegenwärtigen Gruppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbindlichen Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Ansicht geleitet, für die Abstimmung bezw. Wahl das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum großen Teile mit einer militärischen Frage. Der Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gegeben, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende:

Eine gewisse Anzahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig.

Ein Teil der jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten.

Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen.

Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Der Vorliegende der russischen Delegation wachte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des Staatssekretärs v. Kühlmann, doch zum Thema zu sprechen, namentlich zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen Ansicht als eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflusste Willensäußerung anzusehen ist, erklärte Herr Trotski, er müsse sich erst über die Räumungsfrage äußern.

Staatssekretär von Kühlmann antwortete, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erweiterung vom Morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt schien. Wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorliegende der russischen Delegation das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden.

Weiter führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unruhigen Gebieten innerhalb der Zeitperiode, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müsse, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherung der Ordnung ganz verzichtet werden könnte.

Das Minimalprogramm der Verbündeten ist in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeit aufgestellt und zu seiner Einhaltung bereit. Die Diskussion im Einzelnen seien die Verbündeten bereit. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorliegenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl unmöglich sei, d. h., ob bei der Gegenwart dieser bereits definierten geringen organisierten Kräfte die Abstimmung oder Wahlmöglichkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Herr Trotski erklärte, er könne jetzt nicht diese Frage in einer Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktisch politischer Bedeutung sein würden und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen neben derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein amäuerendes Bild darüber werde schaffen können, unter welchen Bedingungen die erwünschte Abstimmung verlaufen würde.

Zunächst müsse er sich auf die Befriedigung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde.

In engem Zusammenhang mit der eben behandelten Frage stehe die Rückkehr der Flüchtlinge und Emigranten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese Flücht-

kinge und Coakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgeführt sein. Die in dem von der österreich-ungarischen und deutschen Delegation überreichten Schriftstück vorgehene Formulierung erlaube ich mir einzufrägen.

Staatssekretär v. K. h i m a n n gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Rückführung berechtigt sein sollen, in ihre Heimat zurückzuführen. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbefehrbörden, festzustellen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte den Vorliegenden, ihm zur Erleichterung des Ueberleitens aus der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trost bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Beginnende Klärung der Anschauungen.

W.B. Wien, 17. Jan. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident v. Seidler heute im Einvernehmen mit dem Minister des Äußeren Grafen Czernin einige Erklärungen über den Stand der Verhandlungen in Breslau. Er führte u. a. aus:

Die wesentliche Bedeutung kommt den Verhandlungen jener Kommission zu, welche sich mit der Regelung der sogenannten politischen und territorialen Fragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschlands einerseits und Russlands andererseits befaßt. Die Beratungen dieser Kommission befinden sich derzeit im Stadium der Formulierung der beiderseitigen Standpunkte. Hierbei tritt aber eine solche Klärung der Anschauungen ein, daß diese gegenüber dem Stande der Verhandlungen vom 27. Dezember als entscheidender Fortschritt bezeichnet werden muß. Andererseits geht aus den Kommunique hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Punkte erkennen läßt, auf welcher der von beiden Seiten mit gleichem Ernst angestrebte Ausgleich erfolgen soll. Die Schwierigkeiten, die im Laufe jener Verhandlungen noch zu bestehen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Äußeren ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes zu einer Verständigung zu gelangen, welche auf dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen beruht und welche gleichzeitig unter Wahrung der Gesichtspunkte der Gegenseitigkeit die eigenen Interessen wahrt. Der Minister des Äußeren blickt den weiteren Verhandlungen der Delegationen mit Vertrauen entgegen und hofft nicht daran, daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, welcher die Entwidlung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserem östlichen Nachbarn sichert. Der Ministerpräsident bemerkte schließlich: „Ich möchte dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichstag noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.“

W.B. Budapest, 17. Jan. Die ungarische Presse stimmt, soweit sie nicht rein passivistische Ziele verfolgt, vorwiegend den Meinungen des Staatssekretärs v. K. h i m a n n und des Grafen Czernin zu. Es würde kaum zu verwundern, daß das bestimmte Auftreten der beiden Staatsmänner zur Klärung der Lage wesentlich beitragen werde.

Prinzipielle Einigung mit der Ukraine über das künftige Verhältnis.

W.B. Breslau, 16. Jan. Im Laufe des heutigen Vormittags vermittelte sich die Delegation der norddeutschen Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von K. h i m a n n gab in einer längeren Rede Ausblick über den Stand der mit den russischen Vertretern in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorliegenden der vier vornehmsten Vertretern drückten dem Staatssekretär ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck. Infolge des Unwohlseins des Ministers des Äußeren Grafen Czernin fand eine für heute vormittag angelegte vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die über eine Stunde dauernde Unterredung, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Anerkennung des prinzipiellen Einvernehmens über das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entscheidender Schritt nach v. a. r t s getan sein. Für morgen ist die Fortsetzung dieser Besprechung anberaumt. Es sollen auch dann die wirtschaftlichen Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen vorbereitenden Gedankenkreislaufes wird in die Detailbesprechungen eingetreten werden.

Deutsches Reich.

Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 17. Jan. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erfährt, sind die Parteiführer gestern Abend wiederum im Untersuchungskomitee vor dem Ausschuss im Zusammenhang mit einer Besprechung über die Lage eingetreten. In der Besprechung nahm auch der Referent für die Aufklärung betreffenden Angelegenheiten, Legationsrat Trautmann, teil. Die Rede des Reichskanzlers im Hauptsaal des Reichstages, die für Freitag erwartet wird, wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, vielleicht noch weiter hinausgeschoben werden. Es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler erst in nächster Woche sprechen wird, zumal Definitives aus Breslau nicht vorliegt.

W.B. Berlin, 16. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit: Der Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Ministers des Innern einige Herren aus der Provinz Posen empfangen, die

ihm Ansichten und Wünsche der deutschen Kreise der Ostmark zur Polenpolitik vortrugen.

Der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts.

tu. Berlin, 17. Jan. Wie die „Kreuzztg.“ aus guter Quelle erfährt, ist der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Geh. Kabinettsrat von Valentini, aus seiner Stellung geschieden. Zu seinem Nachfolger ist der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt.

Berlin, 18. Jan. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ hört, dürfte der Rücktritt des Herrn von Valentini noch weitere Veränderungen nach sich ziehen. Wie man in unterrichteten Kreisen nachsieht, ist zum Nachfolger des Herrn von Berg Herr von Zafocki ausersehen.

Dr. Friedberg kandidiert als Wilder.

Sollingen, 17. Jan. Der frühere nationalliberale Abgeordnete des Landtagskreises Sollingen-Niemtscheld, Geheimrat Dr. Friedberg, der wegen seiner Ernennung zum Vizekanzler seines Mandats verlustig ging, hat die Annahme des ihm wieder angebotenen Mandats von der Bedingung abhängig gemacht, daß er als Wilder das Wahlamt ausüben.

Aus der Wahlrechtskommission.

epc. Aus der vorletzten Sitzung ist noch eine sehr beachtenswerte Rede eines Zentrumsabgeordneten nachzutragen; er führte u. a. aus: Der freisinnige Redner suchte das Zentrum darüber zu beruhigen, daß die Demokratie die kirchlichen und Schulinteressen nicht gefährde; er vermahnte, auf die Verhältnisse in Dänemark, Schweden und Norwegen einzugehen. Der in unserem vorigen Bericht kurz erwähnte Redner des Zentrums wiederholte demgegenüber seine im Plenum gemachte Bemerkung, daß zwischen der Demokratie in der Theorie und Praxis ein Unterschied bestehe. Gewiß genieße die katholische Kirche in den genannten Staaten Freiheit, aber doch nicht die Stellung, welche sie nach ihrer Geschichte und Bedeutung beanspruchen dürfe. Vor allem aber befände sie sich dort in overwhelming Minderheit. Aber es sei gar nicht notwendig, in die Ferne zu schweifen. In dem hinter uns liegenden Kulturkampf wurden die Katholiken auch von den Demokraten mit wenig Ausnahmen bekämpft. Für die Zukunft seien u. a. von sozialdemokratischer Seite Vorschläge von einem neuen Preußen entworfen worden, welche mit Bejorgnis erfüllen müßten. Es treffe nicht zu, daß nur Junker und Besitz gegen das gleiche Wahlrecht seien; aus kulturellen, Bejorgnissen seien es auch andere Kreise.

Die Ursache der letzten Krisenstimmung.

Ueber die Ursache der Krisenstimmung der letzten Tage schreibt die „Germania“, daß der Sitz des Lebens bei den alldeutschen Kreisen zu suchen sei, die nicht darauf verzichten wollen, dem deutschen Volk ihre Politik aufzudrängen, obgleich die maßgebenden Stellen sie nun jahraus jahrein schon als nicht im wirklichen Interesse des Vaterlandes liegend abgelehnt haben. Dem Volke sollte man glauben machen, die militärischen Sicherungen würden von unseren Regierungskreisen nicht genügend beachtet, unsere Heerführer könnten sich nicht zur Geltung bringen, wenn nicht die alldeutsche Politik ihnen mit einer kräftigen Legation an die Seite trete. Unsere verantwortlichen Staatsmänner sind viel zu sehr von ihren Pflichten abdrängten, als daß es ihnen einer politischen Bewegung im Volke bedürft hätte, um sie an die Pflicht zu erinnern, und das wissen nicht zuletzt auch die Alldeutschen. Ihnen ist das alles auch weniger Selbstzweck, als vielmehr Mittel zu ihren besonderen Zwecken und Zielen, die auf Erlangung der Macht im Staat hinauslaufen. Wer hätte nicht herausgehört aus Interviews- und politischen Empfängen, wie ihr Kandidat für den Kanzlerposten sich schon für die Entscheidung, die für den ganzen weiteren Verlauf und Ausgang des Krieges von höchster Bedeutung sein“ sollte, bereit hielt. Der Liebe Mühe war voreilig und voreilig veranlaßt. Auf einer Versammlung der Vaterlandspartei in Parel trafen verschiedene Redner gegen die genannten Bestrebungen der Alldeutschen auf, und der freisinnige Abgeordnete Fegter erklärte den Nimbus, den die Alldeutschen und die Vaterlandspartei um den Großadmiral v. Tirpitz verbreiten.

Ein Bund der Eisenbahnbeamten.

In Gegenwart der Vertreter von etwa 40 Eisenbahnbeamten, Fachvereinen sowie der Delegierten einer größeren Anzahl auswärtiger Eisenbahndirektionen wurde in Berlin der Bund der Beamten der Preussisch-österreichischen Staats- und der Reichseisenbahnen ins Leben gerufen. Der neugegründete Bund vertritt mit etwa 200 000 Mitgliedern nahezu sämtliche Eisenbahnbeamte der Preussisch-österreichischen Staats- und Reichseisenbahn. Sein Arbeitsprogramm umfaßt die zielbewusste Förderung der Interessen der Eisenbahner.

Ein Gesehentwurf über Jugendfürsorge

ist nach Berliner Blättern im Ministerium des Innern hergesehen worden. Danach liegt den Gemeinden die Pflicht zur Erziehung von Jugendkinderern auf, die eine Zentrale für alle Wohltätigkeits- und Fürsorgebestrebungen für die Jugend bilden sollen.

Preußen, Bayern und der Friedensschluß.

tu. Berlin, 17. Jan. Der bevorstehenden Entsendung des königlich bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Rodewils nach Breslau liegt, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Anschluß an die Verfalläbereinkunft vom 31. Dezember 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von

preussischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter S. Majestät des Königs von Bayern zugezogen werden soll.

Deutschland erzhält die notwendigen Sicherungen.

tu. Berlin, 17. Jan. Zu den Konferenzen zwischen der Obersten Seeresleitung und der Reichsleitung erzhält die Tägliche Rundschau, daß ein volles Einvernehmen dahin erzielt worden ist, daß die Regelung der gesamten Ostfragen als ein einheitliches Ganzes betrachtet wird und daß daher die litauische, kurländische und polnische Frage ineinander übergehen. Damit ist eine einheitliche deutsch-österreichische Front gegenüber Rußland gegeben. Diese Front wird sich auf die berufenen derzeitigen Vertretern Brians, Russlands und Polens stützen, deren einheitliche Willenserklärungen vorliegen, die nicht wieder umgestoßen werden können. Ebenso wird ein volles Einverständnis darüber vorhanden, daß auch nach Westen hin wirksame Sicherungen geschaffen werden müssen. Ob und in wie weit diese Sicherungen territoriale Definitionsregeln unmöglich notwendig machen, wird davon abhängen, wie weit unsere Feinde uns zu ihnen zwingen. Je größer die Opfer sind, die uns zu unserer Selbstbehauptung aufgezungen werden, je stärker also die gegen uns gerichtete Drohung sich erweist, um so größer und nachdrücklicher werden die Garantien werden müssen, die uns vor einer Wiederkehr einer solchen Daseinsgefährdung sicherstellen. Deutschland wird die ihm unentbehrlichen militärischen Sicherungen erhalten, ohne den Boden des Rechts zu verlassen.

Ausfuhr in das Ausland.

Der von Reichsausschuss eingesehene Uterausfuhrverhandelte am Donnerstag in vertraulicher Beratung über die Preise der dem neutralen Ausland zu liefernden Rohstoffe und Waren. Diese Preise sind enorm hoch. Infolgedessen hat auch das Ausland in vielen Fällen auch die Preise für die uns gelieferten Lebensmittel und Waren auf eine unvertretbare Höhe hinauf geschraubt. Der Uterausfuhrbeschluß auf Antrag eines Zentrumsabgeordneten einstimmig eine Resolution, wonach die Höchstpreise überirdigen Kaufsummen abzüglich 5% der Reichsstaffe zugeführt werden sollen.

„Das Düsseldorf-Tagblatt“

hast die vor einigen Tagen von uns veröffentlichte Erklärung der Vorstandsjahrt der Zentrumsfraktion des Reichstags — es handelte sich bekanntlich um Entstellungen der Vorgänge in der Fraktion im Juli v. J. — unter Berufung auf den jetzigen Zentrumsminister Dr. Spahn zu bemängeln und zu entkräften. Demgegenüber ermächtigt uns der Fraktionsvorsitzend zu der Erklärung, daß alle in der vom „Düsseldorfer Tagblatt“ bemängelten Verlautbarung enthaltenen tatsächlichen Mitteilungen von Erz. Spahn vor ihrer Veröffentlichung als zutreffend und richtig bezichtigt worden sind. Erz. Spahn hat der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden zugestimmt. Bei diesem Sachverhalt muß es der Fraktionsvorsitzend ablehnen, sich weiter mit dem „Düsseldorfer Tagblatt“ zu befassen.

Mitstellungsanträge des Zentrums.

Der Handels- und Gewerbeausschuß des Abgeordnetenhauses unterzog am Mittwoch die Mitstellungsanträge des Abg. Dr. B e i l e s s e n (3.) und Gen. einer eingehenden Beratung. — Der vom Antragsteller eingehend begründete Antrag auf Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Kriegshilfsstellen wurde nach längerer Aussprache in folgender Fassung angenommen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die 1. Staatsregierung zu ermahnen, bei den zuständigen Kommunal-Verbänden darauf hinzuwirken, daß unter entprechender Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Kriegshilfsstellen deren Mittel auch möglichst Nichtkriegsteilnehmern aus dem selbständigen Mittelstande zugute kommen, deren wirtschaftliche Existenz durch die Kriegswirungen schwer geschädigt und bei denen ein wirtschaftlicher Wiederaufbau möglich ist und zwar unter möglichster Mitwirkung der gesellschaftlichen und gesellschaftlichen Landesorganisationen. — In der nächsten Kommissionsitzung sollen die weiteren Anträge derselben Antragsteller, die sich auf die Uebergangswirtschaft beziehen, (2, 1—5) beraten werden.

Ein Protest von Kriegsbeschädigten.

Die Kriegsbeschädigten, denen durch die Berliner Polizei, entsprechend einer Forderung des freikonservativen Abgeordneten Lübke im Abgeordnetenhause, die Veranstaltung einer Protestkundgebung gegenüber den Vorkommnissen auf der Vaterlandsparteierversammlung am 7. Januar verboten war,

haben ihre Drohung wahr gemacht, ihre Ordensbänder abgelegt und sie dem Großadmiral v. Tirpitz, dem Vorliegenden der Vaterlandspartei, zugelandet mit einem Schreiben, in dem es heißt: „Sie wollen durch diese symbolische Handlung ihren Widerpruch dagegen zum Ausdruck bringen, daß schwerverwundete Krieger trotz ihrer Verwundung und getragenen Auszeichnung nicht gegen Uthlandlungen durch Anhänger der Vaterlandspartei geschützt warnt, seiner dagegen, daß sie infolge der Angeberei des Herrn Lübke verhindert worden sind, ihren Widerpruch durch Worte zum Ausdruck zu bringen.“ Es wurden 325 Ordensbänder des Eisernen Kreuzes und anderer Kriegsauszeichnungen abgegeben.

Kühmann oder Bilow?

Ein scharfer Wiener Angriff auf Fürst Bilow.

W.B. Wien, 17. Jan. In einer Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigt sich das Fremdenblatt mit dem Berliner Gerücht, daß der frühere Reichsstaatsminister Fürst Bilow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär v. K. h i m a n n Sch w i e r i g k e i t e n zu bereiten in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen, und sagt: Soweit dies eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, steht uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern. Dies ist aber keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, denn die beiden Monarchien sind miteinander verbunden, wie die fiamessigen Zustände, und der erste Friedensunterhändler hat auch die allgeröchteste Bedeutung für Oesterreich-Ungarn. Und da muß es von Grund heraus klar gesagt werden, daß in Oesterreich-Ungarn auch nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühmann und Bilow keinen Vergleich ziehen können. Kühmann genießt das volle, uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreich-ungarischen Regierung, sondern auch der Wiener Oesterreich-Ungarn. Fürst Bilow genießt dieses Vertrauen nicht. Wir wollen nicht an die Zeiten erinnern, denen der heilige diplomatische Kampf der Kriegserklärung des treulosen einmütigen Verbündeten vorausging, aber vergehen hat die damalige Phase niemand. Zu Oesterreich-Ungarn und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Bilow damals durch Ausbeute österreich-ungarischer Gebiets an die italienische Regierung treu Sekundant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reich gesagt und verbreitet wird, Fürst Bilow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Versuch mit Bedauern, aber mit Nachdruck entgegengetreten werden. Fürst Bilow mag auf irrige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen; den Wunsch der Wiener Kreise wird er aus seinem Kalbül freisprechen.

Neue Prokoleausgabe bei der Vaterlandspartei.

Die Vaterlandspartei hat am 7. Januar an die Landesvereine einen neuen „Armeebefehl“ herausgegeben. Das neue Heft enthält die neue, nicht mehr aufgeführten, werden dürfe. Das Rundschreiben legt aus, in welchem Sinne sie erfolgen soll: „Dann muß allerdings für den gegenwärtigen Augenblick unterbleiben werden gewisse Personalfragen und den sachlichen Fragen. In enger Beziehung hat die loben amtlich demeritierte Nachricht eine Wichtigkeit aufgeweicht, deren Eintritt die deutsche Vaterlandspartei selbstverständlich als großes nationales Unglück ansehen müßte. Es liegen aber die Verhältnisse, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, im Augenblick so, daß Zurückhaltung in bezug auf diesen persönlichen Punkt geboten ist.“

Dann meint die persönliche Kühmannangehe — auf Zeit oder dauernd? — fallen lassen zu sein.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Berlin, 16. Januar 1916.

Der neue Staatsausgabenplan.

Finanzminister Seyditz bringt den neuen Staatsausgabenplan für 1916 ein. Die Bilanz schließt im Ganzen zu unseren Gunsten ab. Trotz aller Schwereigkeiten in Lebens- und Futtermitteln werden wir durchhalten. Wir haben militärisch glänzend da nach den unergleichlichen Ruhmeszeiten unseres Heeres. (Beifall.) Den Russen ist der Atem ausgegangen, ein Akt von weitestgehender Bedeutung sind die Sonderfriedensverhandlungen im Osten. Der Frieden ist auf dem Marsche. (Beif.) Je länger sich die Feinde im Westen streuben, umso günstiger müssen die Friedensbedingungen für uns sein. (Beifall.) Die Schiffsräume und die Kapitalnot machen sich auch in dem frühen Albion mit jedem Tage mehr geltend. Wie groß die Not ist, hören wir dadurch, daß die Engländer fortwährend nach der großen Arme e A m e r i k a rufen. Ob sie kommt, ist zweifelhaft. Der Minister verwies besonders auf die Kriegserfahrung der Andurrie, die wir auch in die Friedenszeit mit hinüber nehmen würden. Sie würden uns zu Hilfe kommen, wenn unsere Feinde verlustig sollten, uns den Weltkrieg nach dem Kriege aufzugeben. Er führt dann fort: Die Neutralen haben eine gute Haltung beifol, wofür sich die Waghalsige nicht. Wir sehen, wie kräftig unsere Wafluta steigt. Die deutsche Kriegsmacht ist auch im Ausland ein o l l m e r t i g e s Anlagepapier geworden. Wir brauchen nicht zu erschrecken vor der Höhe der Kriegsschuld. Sie bleibt bei uns im Lande, während sie bei den Feinden hinausgeht. Zwischen dem Reichsstaatsminister und dem Finanzministerium der größeren Bundesstaaten hat eine Unterredung über die Finanzlage, über die Erhebung neuer Steuerquellen stattgefunden.

Nach Untersuchung hat das hochverehrte Ergebnis, daß wir, wenn auch große Opfer verlangt werden, doch letzten Endes sicher sein können, daß wir auch dieser Lage Herr werden. Die Verhältnisse im Reich liegen also gut. Aber auch die preussischen Staatsfinanzen haben im Krieg keine befremdlichen Veränderungen erfahren. Es war ganz selbstverständlich, daß sich aus den ersten Kriegsjahren ein Fehlbetrag von etwa 100 Millionen Mark ergeben. Wir müssen dafür sorgen, daß das vorhandene Defizit auch noch ausgeglichen wird.

Die Eisenbahnvermittlung hatte 1915 in den Einnahmen erstmalig eine Viertelmilliarde überschritten. Die Verkehrssteigerung sowohl im Güter- wie im Personenverkehr war ungeheuerlich. Das Jahr 1916 bedeutet für die Eisenbahnverwaltung den Höhepunkt der Kriegsjahre. Von da ab geht es rasend bergab. Die erhöhten Ausgaben machen sich in einer Weise geltend, die durch höhere Einnahmen nicht mehr ausgeglichen werden kann. Für das Jahr 1917 wird die Eisenbahnverwaltung mit einem Fehlbetrag von 250 Millionen Mark rechnen müssen. Allerdings würde es möglich sein, diesen Fehlbetrag wenigstens teilweise durch die Ueberwälzung der Verwaltungskosten auszugleichen, die die höchsten Erwartungen übertreffen. Infolge der Kohlenverknappung steigt ein neuer Wüchsig der Eisenbahnvermittlung ein, so daß wir für 1918 mit einem Defizit von 500 Millionen Mark zu rechnen hätten.

An den allgemeinen Lebensausgleich müssen wir bald herangehen. Jetzt gehen durch die Kriegskosten 3,5 Milliarden aus der preussischen Bevölkerung an das Reich.

Diese 3,5 Milliarden fehlen natürlich für die Veranlagung der Vermögens- und Einkommensteuer und machen es notwendig, die Eisenbahntarife zu erhöhen und zwar um 10 Proz. bei den Personentaxen und um 15 Proz. bei den Gütertarifen und um 10 Proz. bei den Militärтарifen. In den nächsten Tagen wird ein Gesetzentwurf darüber dem Hause zugehen. Die bewilligten Zuschüsse werden auch über den 1. April 1918 hinaus erhoben werden, da der Krieg noch fortdauert. Der Etat für 1918 ist mit 6,5 Milliarden der höchste bisher dagewesene. Neue Aufgaben entstehen uns in der Bevölkerungspolitik und in der Wohnungsfürsorge, in der wir den Gemeinden finanziell beizuhelfen müssen.

Das Abgeordnetenhaus über das Wahlrecht.

Dem Preussischen Abgeordnetenhaus liegen Anträge vor, die den Frauen das passive Wahlrecht für die städtischen Deputationen gewähren wollen. Im Anschluß ist über diese Frage eine Einigung erfolgt, nach der Frauen zu Mitglie-dem städtischer Verwaltung, Deputationen und Stiftungsvorstände für die lokale Fürsorge und Wohlfahrtsfrage mit bestmöglicher Stimme bestellt werden können. Das Zentrum wünscht überdies die Zuziehung der Frauen zu den Wahlkommissionen und die Fortschrittliche Volkspartei verlangt die Zulassung der Frau zu allen Deputationen scheidlich. Namens des Zentrums erklärte sich am Dienstag Stillspross Dr. Kaufmann mit dem Kommissionsantrag einverstanden, das Wahlrecht der Frau in Stadt und Gemeinde aber lebnie er ab, nicht etwa, weil die Frau eigenbürtig minderwertig oder minderberechtigt wäre, sondern weil eine politische Betätigung der Frau für die Frau selbst höchst gefährlich, ja vielleicht sogar verheerlich werden könne. Der Zentrumredner betonte mit warmem Nachdruck, daß die höchste Aufgabe der Frau doch immer in ihrem erhabenen Beruf als Gattin und Mutter bestehn werde. Ein Regierungsrat erklärte sich ihm, daß die Regierung selbstverständlich aus den im Krieg mit der Frauenarbeit gemachten Erfahrungen die entsprechenden Folgerungen in Gesetzgebung und Verwaltung ziehen werde, was zu beweisen bei der bevorstehenden Regelung der gesamten Gemeindefestsetzungsgesetzgebung Gelegenheit sein werde. Die Redner der Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten forderten hingegen die volle politische Gleichberechtigung der Frau in Stadt und Gemeinden. Der nationalliberale Redner Dr. Niepmann stimmte dem Kommissionsantrag zu, sprach sich aber auch gegen eine Uebertragung des politischen Wahlrechts an die Frau aus. Im gleichen Sinne erklärte sich der Redner der Freikonservativen Dr. von Wopna. Der unabhängige Sozialist Stroebel erzeigte sich für das politische Wahlrecht der Frauen.

Der Kulturkampf in Oldenburg.

Die Anträge der Liberalen im oldenburgischen Landtage wollen uns bekanntlich mit der Simultan- und Simultanschule beglücken. Was ist denn die Simultanschule? Das ist jene Schule, in der Kinder verschiedener Bekenntnisse nebeneinander unterrichtet werden, und zwar so, daß auf das religiöse Bekenntnis keine Rücksicht genommen wird. Das Bekenntnis des Lehrers ist dabei gleichgültig. Die Religion wird gänzlich aus der Schule verbannt, sie kann vielmehr in eigenen Stunden neben dem andern Unterricht gelehrt werden; die Schule als solche kümmert sich darum nicht; es besteht auch kein Zwang, die Schüler zum Besuch dieser Religionsstunden, die über die gewöhnliche Stundenzeit hinausgehen, anzuhören.

Darum haben auch alle, die es ernst meinen mit der Religion und nach dem Kaiserwort „dem Volk die Religion erhalten wollen“, ihre Stimme erhoben gegen die Simultanschule zum Schutze der konfessionellen Volksschule. In allen Parlamenten sind die protestantischen Protestanten und die kirchlich gesinnten Katholiken für die Erhaltung der konfessionellen Schule eingetreten. Die Simultan-

schule ist die Schule der rationalistischen Weltanschauung, die von einer geoffenbarten Religion nichts wissen will. Darum findet sie auch ihre Verteidiger in den Reihen der Liberalen aller Schattierungen bis hinüber zu den Sozialdemokraten. Erklärte doch der Abg. Tappenbeck — ausgerechnet der Vertreter der Stadt Oldenburg — am 10. Februar 1900 im Landtage: „So lange wir an die konfessionelle Schule gebunden sind, können wir die höchsten Ziele der Volkserziehung nicht erreichen. Es heißt also in diesem Kampfe das Höchste und Heiligste, was wir haben, die Religion unserer Kinder und unseres Volkes, auf dem Spiele. Und darum müssen wir mit Anstrengung alle Kräfte für die Erhaltung der konfessionellen Schule einbringen.“

Die Gegner sagen uns: Auch wir wollen die Religion in der Schule erhalten, aber eine allgemeine Menschenheitsreligion, losgelöst von jedem Dogma und jeder Kirche, namentlich eine allgemein gehaltene Moralerziehung, wie sie in den Schulen des altchristlichen, von der Loge registrierten Frankreich bereits erteilt wird. Wir erkennen die Möglichkeit einer Religion ohne bestimmtes konfessionelles Bekenntnis nicht an. Und was es mit einer Sittenlehre ohne religiöses Fundament auf sich hat, dafür ist uns Frankreich ein trauriges Beispiel. Eine ungläubige religiöse Verwilderung und eine erschröckende Steigerung der jugendlichen Verbrecher ist die Folge. Traut nur die heimkehrenden Krieger, wie es im Punkte der Religion und der Sittlichkeit dort ausseh. Münsterländer, wenn ihr nicht wollt, daß euer Land in dem Maße der Zeit ein anderes Frankreich werde, denn kämpft für die Erhaltung der Konfessionsschule!

Kämpft auch für die Erhaltung der konfessionellen Ober- und Volksschule, denn sie sind das stärkste Bollwerk der Konfessionsschule. Wenn dieses gesunken, wird das andere bald nachfolgen. Speziell das katholische Ober- und Volksschulkollegium ist seinerzeit gegründet worden, damit die Minderheit nicht von der Mehrheit vergewaltigt werde, damit der katholische Teil der Bevölkerung in Ruhe und Frieden seine Religion ausüben und auch der religiösen Erziehung seiner Kinder vertheidigt sein könnte. Das Land hat sich auch ganz wohl bei diesen Verhältnissen gefühlt. Behörden, Lehrer, Bevölkerung waren mit dieser Ordnung ganz zufrieden. Wie kommen nun die liberalen Abgeordneten, zumal in der Zeit des Burgfriedens dazu, unsere heiligen Güter und Einrichtungen anzugreifen? Denken sie vielleicht daran, jetzt, wo die allgemeine Aufmerksamkeit auf die äußere Politik gerichtet ist, wo die Männer, die sonst die Verteidigung der höchsten Interessen führen, vielfach abwesend sind, leise und unbemerkt, ihr Ziel zu erreichen? Das soll ihnen nicht gelingen.

Nachdem am 3. Januar d. Js. die katholischen Lehrer und Lehrerinnen des Herzogtums auf einer Versammlung in Cloppenburg und am 10. Januar der Landesauschuss der bismarckigen Zentrumspartei auf einer Versammlung in Vedda gegen die Anträge auf Zulassung der Simultanschule und Aufhebung der konfessionellen Ober- und Volksschule entschieden Stellung genommen, haben gestern die katholischen Geistlichen des Herzogtums auf einer verhältnismäßig sehr stark besuchten Versammlung in Vedda zu diesen Anträgen ebenfalls Stellung genommen. Einmütig wurden diese Anträge zurückgewiesen. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die in Vedda versammelten katholischen Geistlichen des Herzogtums Oldenburg sehen sich zu ihrem tiefsten Schmerze gezwungen, als die gefestigten Säulen der idealsten Güter des Volkes auf das entscheidende Prolet zu erbeben gegen die in Oldenburgischen Landtage eingebrachten Anträge auf Zulassung der Simultanschule und auf Aufhebung der Ober- und Volksschule.

1. Mit dem ganzen katholischen Volke wissen sie sich eins in der Ueberzeugung, daß die Simultanschule nicht imstande ist, jene Aufgaben zu erfüllen, die vom christlichen Standpunkt an die Schule zu stellen sind. Indem die Simultanschule insbesondere die Religion als Unterrichtsfach ihrer zentralen Stellung beraubt, verliert sie auf das wirksamste Erziehungsmittel, ebnet der Entchristlichung der Jugend und des Volkes die Bahn und entzieht der christlichen Monarchie und der jetzigen sozialen Ordnung die sicherste Stütze. Auch ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß durch Zulassung der Simultanschule der Keim zu einer hier in Oldenburg nicht gekannten Spannung zwischen den Konfessionen gelegt wird.

Die verammelten Geistlichen halten es deshalb auch für nötig, freimütig festzustellen, daß der Antrag auf Zulassung der Simultanschule von den Katholiken allgemein als ein Angriff auf ihre heiligsten Güter empfunden wird, der sie um so tiefer kränkt, jeurchbarer die Last des Krieges auch auf ihnen ruht, und je größer die Opfer sind, die auch sie freiwillig für ihr Vaterland gebracht haben.

Im übrigen sind die Versammelten sich durchwegs bewußt, daß sie mit ihrem Protest nicht lediglich Forderungen von rein konfessionell-katholischer Begrenzung vertreten, daß ihre Forderungen vielmehr auch einen allgemeinen christlichen und einen nationalen Gehalt in sich tragen.

2. Mit aller Entschiedenheit legen die versammelten Geistlichen auch Verwahrung ein gegen den Antrag auf Aufhebung der Ober- und Volksschulkollegien. Gerade in der Erhaltung der beiden Ober- und

Vollegien erblickt das gläubige Volk mit ihnen die zuverlässigste Bürgschaft für den Bestand der konfessionellen Schule.

Die versammelten katholischen Geistlichen hegen das zuverlässige und unerschütterliche Vertrauen, daß der Gesamtlandtag und vor allem die oldenburgische Staatsregierung jeden Versuch zur Einführung der Simultanschule und zur Aufhebung der Ober- und Volksschulkollegien abweisen werden.

Aus dem oldbg. Münsterlande.

18. Jan.
 Zum Professor wurde der Oberlehrer Thörner am hiesigen Gymnasium befördert. Ferienordnung für 1918. Für höhere Schulen, höhere Bürgerschulen und Mittelschulen ist Schlußfesten Pfingsten 17. Mai 12 Uhr, Schlußfesten 23. Mai; Sommer Schluß 3. Juli 10 Uhr, Beginn 6. August; Herbst Schluß 25. September, Beginn 10. oder 8. Oktober; Weihnachts Schluß 19. Dezember, Beginn 3. Januar 1919; Ostern 1919 Schluß 9. April, Beginn 24. April. An den Volksschulen sind dieselben Ferien, nur, daß im Sommer der Schlußfesten am 10. Juli und der Schulferien am 13. August stattfindet.

Zur Warnung! Einen mit der Bahn nach Wilhelmshafen Reisenden passierte vor einigen Tagen folgendes: Der betreffende Herr mußte seine Mitreisenden mit allerlei Erzählungen gut zu unterhalten, u. a. machte er auch allerlei Witzereien über seine „Angelegenheit“, welche die Heereverordnungen größere Ausfälle bei den Soldaten nicht zu haben, und des sollte auch unter Reisenden erfahren. In W. angekommen, stellte sich ihm ein Mitreisender in Gestalt eines Geheimpolizisten, der alles mit angehört hatte, gemüßigt, und wohl oder übel mußte er sich wegen Verbreitung von Gerüchten den Nachbessungen des Beamten fügen.

Die Milchlieferungen an die Molkereien haben sich durch den starken Schneefall mit dem wachsenden Tau- und Frostwechsel außerordentlich schwierig gestaltet. Sendungen in den Milchführern mit ungedungen größere Ausfälle bei den Folgen haben. Um dies zu verhüten, darf von allen Gehörnten ermarktet werden, daß sie sich unangefordert freiwillig in den Dienst der Sache stellen und Vorparn leisten. Nur so läßt sich die Sicherstellung der so sehr dringend benötigten Milchmengen erreichen.

Ausweise auf Reisen. Seitens des hiesigen Generalkommandos K. A. K. sind mit der Ueberwachung des Reiseverkehrs Kriminalbeamte betraut worden. Die Ueberwachung soll dazu dienen, die Spionagetätigkeit unserer Feinde zu bekämpfen, vor allem aber die Gläubigen der Kriegesgefangenen, die des Stierens die Eisenbahn benutzen, zu verhindern. Das reisende Publikum muß sich deshalb mit Ausweisen über die Person versehen, da die zur Ueberwachung des Verkehrs reisenden Kriminalbeamten von jeder Zivil- und Militärperson einen Ausweis über die Person verlangen. Das Gesetz über das Passwesen v. 12. 10. 07 hebt zwar den Passwang für das Innland auf, befragt aber in § 3 ausdrücklich: „Bundesangehörige, wie Ausländer bleiben jedoch verpflichtet, sich auf amtliches Anfordern über ihre Person genügend auszuweisen.“ Kann sich ein Reisender, sei es Zivil- oder Militärperson, bei es ein Mann oder eine Frau, über keine Person nicht genügend ausweisen, so kann er Gefahr, als verdächtig einzuweisen festgenommen zu werden und auf diese Weise seine Reise unterbrechen zu müssen.

Emiel, 17. Jan. Ein vaterländischer Abend zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Kriegesheimstättenvereins findet 20. Jan. 5 Uhr in Schutes Gasthause statt. Es werden 2 Vorträge unter Vorführung von circa 300 Lichtbildern gehalten und zwar über Ziel und Zweck des Kriegesheimstättenvereins und Wehrtrantreie (Zollinspektor Witte). Der Abend wird gewiß recht stark besucht werden.

S. Cloppenburg, 17. Jan. Der hiesige kathol. Arbeiterverein veranstaltet am 20. Januar 8 Uhr in der Walfhalla einen Unterhaltungabend mit äußerst reichhaltigem Programm. Um 4 Uhr ist eine Vorstellung für Kinder.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 18. Jan.

— Anlässlich des Ordensfestes wurden u. a. ernannt: Amtshauptmann Bariel-Barel zum Geh. Reg.-Rat, Amtsrichter Zerhufen-Becht zum Geh. Oberamtsrichter, Kand. des höh. Lehramts Dr. Baehnen zum wissenschaftlichen Hilfslehrer in Rüstingen, Amtseinkäufer, Nachmeister Dittmann zum Oberwachmeister. — Ausgeschieden wurden u. a. mit dem Ehren-Kontrakt Geh. Ober-Reg.-Rat Meyer-Ellerhorst, Reichsgerichtsrat Burlage-Beipzig, mit dem Friedrich-August-Kreuz 2. Kl. am rotblauen Bande Geh. Justizrat Dittendorff-Behta, durch die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft Kaufmännlicher Ringer-Lohne.

— Haushaltungen, die die ihnen nach der Problemordnung zuzehende Vermögensfrage noch nicht voll erledigt haben, können jetzt von dem Hofbesitzer mit der zweiten Rate befreit werden, soweit die Sändler nach den vorhandenen Beständen dazu in der Lage sind.

(—) Auszeichnung. Dem Hauptmann und Bailillons-Kommandeur Herbert Raaje — einem Oldenburger — ist vom Kaiser das Ritterkreuz des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Krone und Schwertern verliehen worden.

(—) Aus der Brandenburgerischen Stiftung ist zu Oldenburg ein Stipendium für Studierende an der Universität zu vergeben. Bewerbungen sind bis zum 15. März beim O. Oberstudienkollegium in Oldenburg einzureichen.

+ Schuhmacher als Schwoerarbeiter. Der Handwerkskammer h a n o e r ist es durch Verhandlungen mit den Berufsverbänden Hannover und Linden gelungen, daß die Schuhmacher als Schwoerarbeiter angesehen und ihnen die Zulagen gewährt werden.

(—) Erfrischend gewirkt hat die gestrige Aufforderung des Magistrats, die Bürgerheide und Straßenrinnen von Schnee und Eis zu säubern. Gestern Abend war fast überall die Reinigung schon erlozt. In einigen Fällen sind Straßenschilder erlassen. Schon die Rückstuf auf die Pfahlannten, die kein dichtes Schuhzeug tragen, sollte für die zur Reinigung Verpflichteten Veranlassung genug sein, die Pflicht nicht zu verläumen.

ha. Der ev. Oberkirchenrat hat angeordnet, daß die Konfirmanden in diesem Jahre mit Rücksicht auf die große Teuerung zur möglichst einfachen bei den Konfirmationen angehalten werden. Die Konfirmanden sollen nur rein und sauber gekleidet in der Kirche erscheinen. Die Mädchen dürfen weiße statt schwarze Kleider tragen.

ha. Einen empfindlichen Schaden erlitt gestern ein ausmünder Viehhändler, der etwa 20 Kühe nach dem Schlachthof trieb. Infolge der Glätte und des Schneeeinfriebers kamen zwei Kühe auf der Rosenstraße zu Fall, brachen sich die Beine und mußten sofort getötet werden.

(—) Bezugsheine auf Eier, die auf ärztliches Zeugnis ausgeführt sind, können bis auf weiteres in dem Geschäft von Fraulein Luise Janzen, Gaffstraße 21, eingelöst werden.

(—) Kammermusik. Das nächste, ursprüngliche für den 19. Januar, in Aussicht genommene Konzert im Kasino ist endgültig auf Mittwoch, den 30. Januar, verlegt.

(—) Der Großherzog ist von kurzen Besuchen an den Höfen in Berlin, Dresden und München wieder nach hier zurückgekehrt.

(—) Der Stadtmagistrat teilt mit, daß es infolge des hohen Schnees bisher nicht möglich war, den Verteilungstellen den Rübensaft zuzufahren. Der Verkauf des Rübensaftes verschiebt sich infolgedessen um einige Tage.

(—) Pflanzliche und tierische Behandlung der Kartoffeln wird vom Amt Oldenburg dringend empfohlen. Nachgeliefert wird nicht! (—) Die neuen Fleischarten, die vom 21. d. Mts. ab gelten, sind Montag, den 20. d. Mts., den 22. d. Mts., in den Schlachtereisgeschäften zwecks Abtimpelung vorzulegen. Ein Wechsel der Verkaufsstellen findet nicht statt.

Nach und Fern.

Dsnabrück, 16. Jan. Zu dem Eisenbahnunglück wird amtlich gemeldet: Ein Eisenbahnunglück ereignete sich heute früh auf der Strecke Bremen-Dsnabrück in der Nähe der Station Bohmte. Im Schneesturm fuhr der von Hamburg kommende Kölner D-Zug auf einen auf der Strecke haltenden Urbauberzug auf. Von den Anstoßen des Urbauberzuges wurden 33 getötet, 18 schwer und etwa 30 leicht verletzt. Schuld an dem Unglück hat der Stationsführer des D-Zuges, der das Signal fälschlich überfahren hat. Der Zugverkehr war nur einige Stunden unterbrochen.

Wilhelmshafen, 15. Jan. Zu der Mehl- und Getreideangelegenheit erfahren die „N.“ noch folgendes: Die in der Angelegenheit beteiligten Personen befinden sich in Wärd. Der frühere Bau- und Ingenieur hiesiger Stadt 2000 M. Grundbesitz und die Zulagen, trotzdem besag er einen Weinsteller und unterließ Verhältnisse, die viel Geld brachten. Von dem mitterhächsten Mentner Sohn ging hier folgender Versus heraus: Willst du verdienen eine Million, mußt es machen wie Väder Sohn.

W. B. Saarbrücken, 16. Jan. Der Urbauberzug Nr. 243 ist heute bei Kirm infolge Dammerbruches entgleist. Lokomotive, Packwagen und zwei Personenzüge sind abgestürzt. Es gab Tote und Verletzte. Nähere Feststellungen über deren Zahl liegen noch nicht vor.

Briefkasten.

Nach St. Ein angeleiteter Lehrer, der im Felde zum Leutnant befördert ist, erbät nur einen Bruchteil seines Lehrerentommens ausgezahlt, sieben Zehntel der Leutnants-Lohnung werden gefürzt. B. J. in S. bei B. Sie müssen, wenn Sie die Gesangenen-Lohnung beziehen wollen, bei den zuständigen Truppenleitern einen Antrag stellen. Es fertigt Ihnen das Volksvereins-Sekretariat (Oldenburg, Grindelstraße 5), das Ihnen auch weitere Auskunft erteilt, den Antrag an. Ohne Antrag wird die Lohnung nicht gezahlt.

Neueste Nachrichten.

Da die Telephon- und Telegraphenleitungen immer noch gestört sind, wurden uns auch heute keine Drahtmeldungen übermittelt. Verantwortlicher Schriftleiter: O. Thole, Becht Druck und Verlag: Wehmer-Druckerei und Verlag: O. m. b. S. (A. Sommerfeld, Verleger), Becht

Nur kurze Zeit

Zirkus Althoff

Oldenburg,

Doodl's Etablissement.

Sonnabend, den 19. Januar,
2 grosse Vorstellungen,
 nachmitt. 3 Uhr. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 20. Januar,
 ebenfalls
2 große Vorstellungen
 4 Uhr Zu den Nachmittagsvorstellungen zahlen Kinder halbe Preise. 8 Uhr

Montag, den 21. Januar,
Grosse Sport-Vorstellung.

Vorverkauf zu den Abendvorstellungen im Zigarngeschäft Niemeyer.

Drucksachen aller Art

für Handel und den Privatbedarf liefert in sauberster Ausführung zu billigen Preisen

Vecktaer Druckerei und Verlag

Unterzeichneter hat noch

50 Haufen Brennholz

zu verkaufen.
 Gutsbesitzer Ellerhorst, Barrei bei Vechna.

Ein schönes, schwarz-braunes

Ruhfahb

zu verkaufen.
 Heinz. Pundt, Westerlütten.

Eine 5jährige

Wagenkuh,

im Februar labend, zu verkaufen.
 Ww. Hermann Hejeding, Hagen.

Kl. Wohnung

auf sofort oder später zu mieten gesucht in Lohne oder Umgegend.
 Offerte unter Nr. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht zu April oder Mai dieses Jahres ein nicht zu junges, tüchtiges

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit. Kochen kann erlernt werden.
 Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Auf sofort ein

Mädchen

gesucht für Küche und Haus. Gute Behandlung zuge sichert.
 Frau Johannes Barka, Münster i. W., Salzstr. 24.

Gesucht zum 1. Mai 1918 ein

Mädchen

für besseren Landhaushalt, Kochen kann erlernt werden. Guter Lohn.
 Nachfragen bei Frau Aug. Sandmann, Vechna.

Junges

Mädchen

vom Lande sucht Stelle zum 1. März oder später, am liebsten im Geschäftshaushalt, wo selbiges mit im Geschäft tätig sein kann.
 Offerten unter Nr. 74 an die Geschäftsst. d. Bl.

In meinem en gros-Geschäft findet zum 1. April d. J. ein

Lehrling

mit guten Schulkennntnissen möglichst Berechtigungschein, Stellung.
 Heinz. Ostermüller, Heeren, Material und Farben en gros, Quatenbrück.

Der Holz-Verkauf

bei Witwe Schröder in Nordholte ist des schlechten Wetters wegen auf

Donnerstag, den 24. Januar d. J., morgens 11 Uhr, verschoben. Verkauft werden:

70 Stück teils schwere Tannen, zu Bretter,
60 Stück Eichen, zu Aufholz und Tischfäßen,
 mehrere Haufen Eichen-Nießpähle,
 mehrere Nummern Birken, für Holzschuhmacher und Brennholz,
 das Kopfholz von 2 ha zu Brennholz.
 Eichen, den 17. Januar 1918.
 Bern. Diekmann.

Holz-Verkauf

Am Sonnabend, d. 26. Januar d. J., soll auf dem Gute Calhorn „bei Holtkamps Büschen und im Sande“

eine größere Partie gutes Buchen-, Birken-, Erlen- u. Kiefern-Brennholz

öffentlich meistbiet. mit Zahlungsfrist verkauft werden. Zusammenkunft der Käufer um 11 Uhr in der Müllerwohnung.
 Eichen, den 14. Januar 1918.
 Bern. Diekmann.

Holz-Verkauf

zu Westerlütten.

Am Montag, dem 21. Januar 1918, mittags 12 Uhr beginnend, läßt Keller Clemens Frilling zu Norddöllen im Hülfeloh am Freesenholze

150 Nummern dieses Brennholz,
20 Nummern Eichen-Nießpähle,
100 Nummern Eichen und Birken, für Holzschuhmacher,
80 Nummern Föhren, zu Ballen, Sparren und Latzen,
20 Stämme Eichen auf d. Stamm, zu Kuts- und Koffholz,

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Das Holz ist gefällt und liegt in der Nähe der Chauvee Lütten-Langförden an gutem Abfuhrwege.
 Nach dem Verkauf findet die

Verpachtung einer 30 Scheffelsaat großen Wiege

statt. Kauf- und Pachtlustige laden ein
 Vechna. B. Mente.

Achtung!

Zahle für

Enten M. 3.50
 Hähne " 3.-
 Kaninchen bis " 2.50

pro Pfund Lebendgewicht.

Tauben, Krähen zc. höchste Preise.
 Vechna. L. Leeuwarden.

Amtsvorstand. Vechna, den 15. Januar 1918.

Bekanntmachung.

§ 17 Abs 1 der Prot- und Mehlverkaufsordnung für den Bezirk des Amtesverbandes Vechna vom 8. August 1917 erhält folgende Fassung:
 Vor der Beförderung des Brotgetreides zur Mühle haben die Selbstverleger die Säde mit dem vorgeschriebenen Anhängesettel (vorrätig bei Koch in Vechna und Littmann in Oldenburg) zu versehen, aus dem sich der Inhalt der Säde nach Fruchtart und Gewicht, sowie Name und Wohnort des Selbstverlegers ergeben.
 Der Vorsitzende des Amtsvorstandes. Vechna, den 17. Januar 1918.

Bekanntmachung.

Nachdem die Ehefrau des Müllers Clem. Heming, Norddöllen, sich in Befolgung der Pflichten, die ihr infolge Verordnung, betreffend den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl oblagen, unauferlässig gezeigt hat, wird hiermit zu öffentlichen Kenntnis gebracht, daß ihr Mühlbetrieb mit sofortiger Wirkung dauernd geschlossen ist.
 Küdens.

Zahle für Kaninchen bis . . . 2.50 M.
 " Enten 3.50 M.
 " Hähne 3.- M.
 pro Pfund Lebendgewicht. Krähen 70 Pfg., Enten 50 Pfg., Tauben 1.50 M. p. St.
 Vechna. Franz Suerdieck.

Bersammlung

des

Volksvereins

an. Sonntag, dem 20. Januar 1918, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Wirtes Droste zu

Damme.

Tagesordnung:

1. Rede des Kapuzinerpaters Dr. Christofomus Schulte: Dem Frieden entgegen.
2. Stellungnahme der Versammlung zu den Schulanträgen der Liberalen im Oldenburger Landtage.

Alle kathol. Männer, sowie auch Frauen, sind zu dieser wichtigen Versammlung dringend eingeladen.
 Der Ortsgeschäftsführer.

Gemeinde Langförden.

Brot- und Fleischkarten-Ausgabe am Montag, dem 21. Januar nachmittags im Hause des Unterzeichneten:

von 1-2 Uhr für Langförden,
 " 2-3 " Bergstrup und Calveslage,
 " 3-4 " Holtstrup,
 " 4-5 " Eyeda,
 " 5-6 " Deindrup und Stufenborg.
 Der Gemeindevorsteher.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen 8 Uhr unsere liebe Schwester, die

Sodaline Kathar. Nordlohne

zu sich in die Ewigkeit zu rufen.
 Sie starb infolge eines Unglücksfalles, jedoch wohl vorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und den Empfang der hl. Sakramente im 53. Lebensjahre.
 Diese Trauerbotschaft widmen allen Verwandten und Bekannten mit der Bitte um ein Gebet für die Verstorbene

Die trauernden Angehörigen.

Kiesel bei Lohne, den 16. Jan. 1918.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 19. Januar, morgens 10 Uhr in Lohne vom Krankeuhause aus statt, wozu Verwandte, Bekannte und Sodalen eingeladen werden.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 7 Uhr nahm der liebe Gott unsere innigstgeliebte kleine

Frieda

nach lebenslangen Leiden, im Alter von 11 1/2 Jahren zu sich in den Himmel.
 Dies zeigt tiefbetrübt an

Familie Westerhaus-Winner.

Neuentirchen, den 17. Januar 1918.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Januar, morgens 10 Uhr statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei dem Verluste meines lieben Vammes, meines treuerforgebenden Vaters sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

Frau Witwe Veil
 nebst Kindern.
 Vechna, den 18. Januar 1918.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei dem herben Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders Bernhard sagen wir Allen unsern aufrichtigsten Dank.

Familie Joh. Bornhusen,
 Oberbriesfröge a. D.
 Vechna, den 18. Januar 1918.

Todes-Anzeige.

Nach langer Ungeheißerheit erhielten wir heute von der Kompanie die tieftraurige Nachricht, daß von meinen beiden vermissten Söhnen mein innigstgeliebter, unversehrtester jüngster Sohn, unser herzerguter Bruder und Schwager, der Sodal

Clem. Kalvelage,

Musiker in einem Inf.-Regt., am 2. Juli 1916 im fast vollendeten 21. Lebensjahre nach Gottes heil. Willen den heldenmütigen Vaterland erlitten hat. Sein Grab befindet sich auf dem Sammelriedhof 3 zu Judoita in Rußland.
 Allen Verwandten und Bekannten diese Nachricht mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen.

Die trauernde Mutter und Geschwister.

Bünne bei Dinslage und westlicher Kriegsschauplatz, den 18. Januar 1918.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Dienstag, dem 22. Januar, morgens 8 Uhr in der Pfarrkirche zu Dinslage, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Die Todesstunde ist zu früh, Doch Gott der Herr bestimmte sie. Wer hätte das von Dir gedacht, Daß Du so früh zur Ruh gebracht. Wir konnten Dich nicht sterben sehen, Auch nicht an Deinem Grabe stehen. Fern von uns senkt man Dich hinab, Nun ruhe sanft im Heldengrab Und bitte Gott für Deine Brüder, Daß er sie gibt der Mutter wieder.

Todes-Anzeige.

Nach längerer Ungeheißerheit erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Sodal

Hermann Nuxoll,

Erst.-Res.-Inf.-Regt. Nr.
 Inhaber des Friedrich August-Kreuzes, im Alter von 22 Jahren am 20. August in den Kämpfen bei Verdun auf dem Felde der Ehre gefallen ist.
 Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernde Mutter nebst Angehörigen.

Wiet-Dinslage, Stadterlohhausen, Schwöge, Broddorf, Strahburg, Nordemuch und westl. Kriegsschauplatz, den 18. Januar 1918.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Montag, dem 21. Januar, morgens 8 Uhr in der Pfarrkirche zu Dinslage, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 7 Uhr nahm der liebe Gott unsere innigstgeliebte kleine

Frieda

nach lebenslangen Leiden, im Alter von 11 1/2 Jahren zu sich in den Himmel.
 Dies zeigt tiefbetrübt an

Familie Westerhaus-Winner.

Neuentirchen, den 17. Januar 1918.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Januar, morgens 10 Uhr statt.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute unsere liebe Mutter und Großmutter

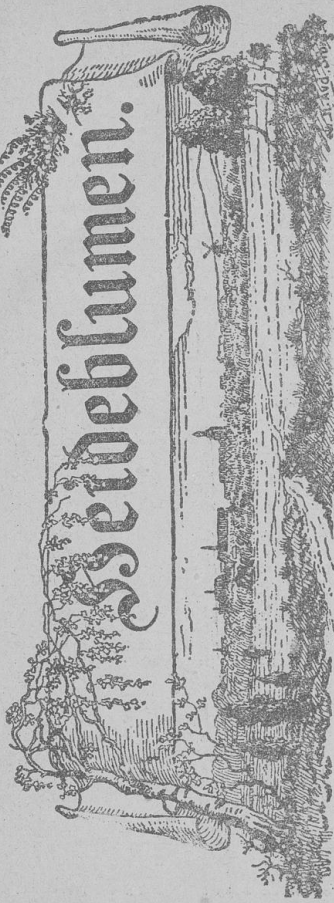
Ww. Katharina Westerhoff

infolge Altersschwäche, wohl vorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und gekleidet durch den himmlischen Empfang der heil. Sterbesakramente, im 84. Lebensjahre zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.
 Mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene zeigen dies tiefbetrübt an

Die trauernden Angehörigen.

Kornewitzern, Rechterfeld, Bernay (Goll.), den 17. Januar 1918.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 21. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Wisbeck.



Aspidestrum.

Sonntags-Veilage zur Oldenburgischen Volkszeitung.

Schiffteilmann: Wähes Krone, Wehle.

Sonntag, den 20. Januar 1918.

5. Jahrgang.

gefallen, verbunden? ...

War aber nicht die Familie auch ein ...

Die Familie ist im Krieges ...

Das Schicksal des Krieges ...

Man reißt so viel von einem ...

2. Sonntag nach hl. 3 Könige.

Das Kind, mit dem, wie der Evangelist ...

Es ist ausgeschieden durch die Art ...

Das war gewiß ein glückliches Paar ...

Die Familie ist im Krieges ...

Die nicht, wie ihre Tochter ...

Manne können nur die Schwäger ...

Manne können nur die Schwäger ...

Manne können nur die Schwäger ...

Problem „Der Dieb“.

RHUE3NH

Verlag: ...

Der außerdem Platz genug ...

Manne können nur die Schwäger ...

Manne können nur die Schwäger ...

Manne können nur die Schwäger ...

Die Liebe macht erfindlich.

„Eine Hand wäscht die andere.“

Zerfährnis Aufgabe.

Redakteur: ...

Verlag: ...

